

Protest der deutschen Krankenhäuser am 18. Nov. 2008, 12:00 Uhr

Aufruf zur Beteiligung an der „Aktiven Mittagspause“

Das Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser ruft alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschlands Kliniken dazu auf, sich am 18. November 2008 um 12 Uhr zu einer halbstündigen „Aktiven Mittagspause“ zu versammeln, um ihrer Forderung nach echter und sofortiger Hilfe zugunsten der Kliniken Nachdruck zu verleihen und Politiker, Bürger und Patienten von der Berechtigung ihrer Forderung zu überzeugen.

Die vom Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser ausgerufene Großdemonstration in Berlin gegen die Finanznot der Kliniken am 25. September 2008 war mit über 130.000 Krankenhausbeschäftigten ein großartiger Erfolg. Weil Ärzte, Pflegekräfte und Verwaltungsmitarbeiter, Arbeiter und Angestellte aus den Krankenhäusern sich auf den Weg nach Berlin machten, musste die Bundesregierung endlich die Nöte der Kliniken zur Kenntnis nehmen und einen Gesetzentwurf zur Krankenhausfinanzierung vorlegen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen.

Aber die Finanzierungslücke der Krankenhäuser von 6,7 Mrd. Euro wird durch den Gesetzentwurf bei weitem nicht gedeckt. Nachbesserungen sind erforderlich. Die Hilfen für die Krankenhäuser müssen erhöht werden und sie müssen schnell wirksam werden. Lange Nachverhandlungen mit den Krankenkassen darf es nicht geben. Aufkommende Überlegungen über erneute Kürzungen der Krankenhausmittel sind entschieden zurückzuweisen.

Die medizinische und pflegerische Patientenversorgung wird bisher noch durch den tagtäglichen Einsatz der Ärzte, Pflegekräfte und Klinikmitarbeiter aufrecht erhalten, die aufgrund einer außerordentlich hohen

Arbeitsbelastung oft am Rande ihrer Leistungskraft tätig sind. Bleibt es bei der Unterfinanzierung der Krankenhäuser, ist die Qualität der stationären Versorgung gefährdet. Das kann auch im Sinne der Patienten nicht gewollt sein.



Das Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser fordert daher, dass aus dem Gesetzesvorschlag der Bundesregierung endlich ein wirksames Hilfspaket wird. Das heißt:

Die Tarifsteigerungen müssen vollständig finanziert und als prozentuale Erhöhungsraten im Gesetz vorgegeben werden, die damit sofort in Kraft treten kann.

100prozentige Finanzierung der zusätzlichen 21.000 Pflegestellen! Eigenbeteiligungen von Krankenhäusern, die ohnehin schon rote Zahlen schreiben, sind schwerlich möglich.

100prozentige Finanzierung der Stellen nach der Psychiatrie-Personalverordnung.

Der Deckel muss weg! Die Begrenzung der Vergütungszuwächse der Krankenhäuser durch die Anbindung an die Grundlohnrate muss dauerhaft beseitigt werden. Der vorgesehene Orientierungswert muss die Budgetdeckelung vollständig ersetzen. Es darf nicht in das Belieben der Bundesregierung gestellt werden, ob dieser neue Wert Anwendung findet oder unterschritten wird.

In den kommenden Wochen fällt im Deutschen Bundestag die Entscheidung zur Zukunft der Deutschen Krankenhäuser. Die Aktionsbündnisse zur Rettung der Krankenhäuser auf Bundes- und Landesebene erwarten, dass die angekündigte Hilfe für die Kliniken endlich umfassend und nachhaltig kommt. Und sie warnen vor jedem Versuch, durch die Hintertür neue Kürzungen einzuführen. Wir setzen uns auch weiterhin für eine auskömmliche Finanzierung der Leistungen unserer Krankenhäuser und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit für eine bestmögliche Versorgung unserer Patienten ein!

18. November 2008
„Aktive
Mittagspause“
12:00 Uhr

Aktionsbündnis + Rettung der Krankenhäuser

www.rettung-der-krankenhaeuser.de